

uftragsbekanntmachung
HAD-Referenz-Nr.: 2250/2031

Auftragsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Gemeindevorstand der Gemeinde Ronshausen
Eisenacher Straße 12a
36217 Ronshausen
Deutschland (DE)
NUTS-Code: DE733
Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle des Landkreises Hersfeld-
Rotenburg
Telefon: +49 6621/87-3502
Fax: +49 6621873510
E-Mail: vergabe@hef-rof.de
Internet-Adresse(n)
Hauptadresse: www.hef-rof.de
Adresse des Beschafferprofils: www.hef-rof.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und
vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter

URL : <https://www.subreport.de/E79957363>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt

folgende Kontaktstelle:

Kreisausschuss Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Friedloser Straße 12

36251 Bad Hersfeld

Deutschland (DE)

NUTS-Code: DE733

Kontaktstelle(n): Zenrale Vergabestelle des Landkreises Hersfeld-
Rotenburg

Telefon: +49 0662187-3502

Fax: +49 662187-3510

E-Mail: vergabe@hef-rof.de

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse: <http://www.hef-rof.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen
elektronisch via: <https://www.subreport.de/E79957363>
an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **II.1) Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags**

Neubau eines Feuerwehrgerätehauses - Architektenleistungen

Referenznummer der Bekanntmachung: EU-55-RON/23

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil:**

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung**

Die Gemeinde Ronshausen beabsichtigt in Ronshausen ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen.

Eine Voruntersuchung hat ergeben, dass fünf Fahrzeughallen Gr. 3 und eine Waschhalle inklusive der dafür nötigen Umkleiden, Duschen, Schulungs- und Büroräume, sowie Werkstatt und Lagerräume gebaut werden sollen.

Teilnahmeanträge sind bis zum 19.10.2023, 10:00 Uhr elektronisch via <https://www.subreport.de/E79957363> einzureichen.

Mit der Bewerbung sind folgende Nachweise vorzulegen:

Kurzbeschreibung des Unternehmens mit folgenden Angaben

- a) Art des Unternehmens
- b) Sitz des Unternehmens
- c) Geschäftsführung
- d) Hauptgeschäftsfeld
- e) Gesamtleistung in € in den vergangenen drei Geschäftsjahren
- f) Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter
- g) Nachweis vergleichbarer Aufträge in den vergangenen fünf Jahren
- h) Zur Verfügung stehende Software
- i) Zur Verfügung stehende Büroausstattung

Nach Eingang der Unterlagen erfolgt die Auswahl der Bewerber durch den Auftraggeber. Abhängig von der Qualität der Bewerbungen und den vergleichbaren bearbeiteten Projekten wird die Gemeinde Ronshausen zunächst vier bis acht Bewerber (die Anzahl ist nicht bindend) zur Abgabe eines Angebotes mit Vorlage einer Entwurfsskizze M = 1 : 200 und überschläglicher Kostenschätzung auffordern.

Die Referenzen müssen die ursprüngliche Kostenschätzung und die tatsächlich entstandenen Baukosten beinhalten. Bei Überschreitung der Baukosten gegenüber der Kostenschätzung ist eine Begründung

beizufügen. Weiterhin sind die Bauweise (z. B. Massivbau oder Holzständerbauwerk, Steil- oder Flachdach) und die Bewirtschaftungskosten und verbaute energetische Ausstattung (Heizungs- und Lüftungssysteme, Solarthermie oder Photovoltaikanlagen) anzugeben.

Die Entwurfsskizze und die Kostenschätzung werden mit einer Pauschale von netto 3.000,00 €, zuzüglich 19% MwSt. vergütet. Dem beauftragten Architekturbüro wird die Pauschale unter Leistungsphase 1 angerechnet.

Grundlage für die Bearbeitung der Aufgabe sind HOAI 2021, § 33 bis 35 und 39 bis 40, sowie die Vertragsbestimmungen zum Architekten-/Ingenieurvertrag (AVB-Arch/Ing) und die Zusätzlichen Vertragsbestimmungen zum Architektenvertrag - Freianlagen (ZBV-Frei) aus dem Handbuch für Architekten und Ingenieurverträge sowie für Ausschreibung und Vergabe im kommunalen Hochbau.

Es ist eine Stufenweise Beauftragung vorgesehen.

Stufe 1 bis HOAI § 34 Leistungsphase 1 - 4, Stufe 2 Leistungsphase 5 - 7, Stufe 3 Leistungsphase 8 - 9.

Fragen zu dem Teilnahmewettbewerb sind an die Vergabestelle des Landkreises Hersfeld-Rotenburg über die Vergabepattform Subreport zu richten.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 502.200,00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code:

DE733 Hersfeld-Rotenburg

Hauptort der Ausführung

Kasseler Straße 73, 36217 Ronshausen

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Ronshausen beabsichtigt in Ronshausen ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen.

Eine Voruntersuchung hat ergeben, dass fünf Fahrzeughallen Gr. 3 und eine Waschhalle inklusive der dafür nötigen Umkleiden, Duschen, Schulungs- und Büroräume, sowie Werkstatt und Lagerräume gebaut werden sollen.

Teilnahmeanträge sind bis zum 19.10.2023, 10:00 Uhr elektronisch via <https://www.subreport.de/E79957363> einzureichen.

Mit der Bewerbung sind folgende Nachweise vorzulegen:

Kurzbeschreibung des Unternehmens mit folgenden Angaben

- a) Art des Unternehmens
- b) Sitz des Unternehmens
- c) Geschäftsführung
- d) Hauptgeschäftsfeld
- e) Gesamtleistung in € in den vergangenen drei Geschäftsjahren
- f) Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter
- g) Nachweis vergleichbarer Aufträge in den vergangenen fünf Jahren
- h) Zur Verfügung stehende Software
- i) Zur Verfügung stehende Büroausstattung

Nach Eingang der Unterlagen erfolgt die Auswahl der Bewerber durch den Auftraggeber. Abhängig von der Qualität der Bewerbungen und den vergleichbaren bearbeiteten Projekten wird die Gemeinde Ronshausen zunächst vier bis acht Bewerber (die Anzahl ist nicht bindend) zur Abgabe eines Angebotes mit Vorlage einer Entwurfsskizze M = 1 : 200 und überschläglicher Kostenschätzung auffordern.

Die Referenzen müssen die ursprüngliche Kostenschätzung und die tatsächlich entstandenen Baukosten beinhalten. Bei Überschreitung der Baukosten gegenüber der Kostenschätzung ist eine Begründung beizufügen. Weiterhin sind die Bauweise (z. B. Massivbau oder Holzständerbauwerk, Steil- oder Flachdach) und die Bewirtschaftungskosten und verbaute energetische Ausstattung (Heizungs- und Lüftungssysteme, Solarthermie oder Photovoltaikanlagen) anzugeben.

Die Entwurfsskizze und die Kostenschätzung werden mit einer Pauschale von netto 3.000,00 €, zuzüglich 19% MwSt. vergütet. Dem beauftragten Architekturbüro wird die Pauschale unter Leistungsphase 1 angerechnet.

Grundlage für die Bearbeitung der Aufgabe sind HOAI 2021, § 33 bis 35 und 39 bis 40, sowie die Vertragsbestimmungen zum Architekten-/ Ingenieurvertrag (AVB-Arch/Ing) und die Zusätzlichen Vertragsbestimmungen zum Architektenvertrag - Freianlagen (ZBV-Frei) aus dem Handbuch für Architekten und Ingenieurverträge sowie für Ausschreibung und Vergabe im kommunalen Hochbau.

Es ist eine Stufenweise Beauftragung vorgesehen.

Stufe 1 bis HOAI § 34 Leistungsphase 1 - 4, Stufe 2 Leistungsphase 5 - 7, Stufe 3 Leistungsphase 8 - 9.

Fragen zu dem Teilnahmewettbewerb sind an die Vergabestelle des Landkreises Hersfeld Rotenburg über die Vergabepattform Subreport zu richten.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Qualitätskriterien:

Kriterium	Gewichtung
Kriterium: Architektur / Umsetzung Raumprogramm	40
Kriterium: Außenanlagen / Fahrwege / Parkflächen	5
Kriterium: Baukosten / Wirtschaftlichkeit	35
Kriterium: Preis	15
Kriterium: Präsentation	2,5
Kriterium: Büroausstattung	2,5
Preis	15

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 502.200,00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 05.03.2024

Ende: 31.12.2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden : nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig : nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen : nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von zwingenden

Ausschlussgründen nach § 123 GWB sowie von fakultativen

Ausschlussgründen nach § 124 GWB;

- Erklärung, dass über das Vermögen des Unternehmens kein

Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren

eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels

Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt

wurde, sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet, das

Unternehmen die Verpflichtung zur Zahlung der Steuern und Abgaben

sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat,

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 19. Dezember 2014.

Eigenerklärung dass

-die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und

-keine schweren Verstöße gegen Bestimmungen zu Arbeitsschutz- und Arbeitsrecht vorliegen,

-die Person, deren Verhalten mir/uns zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig wegen Verstoßes gegen eine der folgenden Vorschriften verurteilt worden bin/ist:

a) § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129 StGB (kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland);

b) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte);

c) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden;

d) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden;

e) § 334 StGB (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes;

f) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr);

bzw. gleichgesetzte Verstöße gegen entspr. Strafnormen anderer Staaten.

- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

Möglicherweise geforderte Mindeststandards

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

Möglicherweise geforderte Mindeststandards

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 19.10.2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 06.11.2023

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch (DE)

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 05.03.2024

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag : nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) Zusätzliche Angaben

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt

Deutschland (DE)

Fax: +49 6151125816

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

64283 Darmstadt
Deutschland (DE)
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang von der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
64283 Darmstadt

Deutschland (DE)
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

15.09.2023